

# Länder müssen Vorsorge für Lehrkräftenachwuchs treffen!

Bildungsgewerkschaft zur Veröffentlichung der Pensionierungszahlen von Lehrkräften des Statistischen Bundesamtes - Hebel bei Fehlsteuerung umlegen

*Mitteilung: GEW Hauptvorstand*

**D**ie Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die Länder gemahnt, ausreichend Vorsorge zu treffen, um eine gute Lehrkräfteversorgung auch während der Pensionierungswelle sicher zu stellen. „Bisher sind die Länder ihrer Pflicht nicht zufriedenstellend nachgekommen. Es gibt eine gravierende Fehlsteuerung: In den kommenden Jahren werden viel zu viele Lehrkräfte für Gymnasien ausgebildet. An anderen Schularten wird es dagegen eng, in der Sekundarstufe I herrscht schon jetzt vielerorts Lehrerknappheit. Hier müssen die Länder den Hebel umlegen. Dafür sind eine einheitlich gute Bezahlung sowie eine gute und gleichwertige Ausbildung für alle notwendig“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am Freitag mit Blick auf die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zu den Pensionierungszahlen von Lehrkräften. Sie betonte, das alte Prinzip der Lehrerausbildung und -bezahlung nach dem Motto „kleine Kinder – kleines Gehalt, große Kinder – großes Gehalt“ habe ausgedient. Es setze falsche Anreize und sei Ursache der Fehlsteuerung. „Für eine gute Umsetzung von Inklusion und Ganztags, bei der Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte gerne mitziehen, reicht es nicht, die Zahl der in Pension oder Rente gehenden Lehrkräfte auszugleichen. Es müssen zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sowie Fachkräfte aus anderen Professionen eingestellt werden“, unterstrich Tepe.

Sie machte deutlich, dass die Pensionierungswelle nicht überraschend komme, sondern seit Jahren bekannt sei. „Jetzt das große Wehklagen über angeblich hohe Pensionskosten anzustimmen, ist verlogen. Die Länder hatten viele Jahre Zeit, Pensionsfonds anzulegen, um finanziell gewappnet zu sein“, sagte Tepe. Sie hob hervor, dass die Steigerung des Wohlstandes in der Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich eine Folge der Bildungsexpansion sei, die in den 1970er Jahren startete. Für diese gesellschaftlich gewollte und richtige „Investition in die Köpfe“ hätten die Länder viele zusätzliche Lehrkräfte gebraucht. Diese gingen jetzt nach 40 Arbeitsjahren in den Ruhestand. „Die Lehrerinnen und Lehrer haben ein Recht darauf, die ihnen zugesagte Versorgung zu erhalten. Dass die Arbeitgeber wider besseres Wissen finanziell nicht ausreichend vorgesorgt haben, kann man nun wahrlich nicht den Beamtinnen und Beamten anlasten“, unterstrich die GEW-Vorsitzende. Sie erinnerte zudem daran, dass neben den Pensionierungen noch eine

große Zahl angestellter Lehrkräfte die Schulen verließen. In den östlichen Bundesländern stehe die große Welle der Abgänge aus dem Schuldienst noch ganz am Anfang.

*Pressemitteilung v. 24.1.2014  
GEW Hauptvorstand  
[www.gew.de](http://www.gew.de)*